

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauwerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbauarbeiten, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibenspinnereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

<p>Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags</p>	<p>Herausgegeben vom Deutschen Bauwerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1</p>	<p>Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif. Arbeitsmarkt die dreifachpaltene Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauwerkschaften Zeile 50 A.</p>
--	---	--

An unsere Zeitungsbezieher und Berichterstatter!

Vom 25. Oktober an befindet sich die Redaktion des „Grundstein“ in Berlin SW. 48, Friedrichstraße 5-6. Zugleich wird von diesem Zeitpunkt an der jedesmalige Zeitungsschluß auf den Montag verlegt. Für gewöhnliche zum Abdruck eingesandte Sendungen ist demnach Redaktionsschluß der jeweilige Sonnabend, für kurze, der schnellsten Veröffentlichung dringend benötigte Nachrichten der Montag Vormittag. Dienstags werden dann die Zeitungen mit dem Datum des darauffolgenden Sonnabends zum Versand gebracht. Der erste Zeitungsschluß dieser Art ist am 4. November, der erste Versandtag der 5. November. Der 1. und 2. November sind demnach (wie es vordem üblich gewesen wäre) keine Versandtage. Durch diese Verlegung wird der „Grundstein“ näher an den ihm aufgedruckten Erscheinungstag gelegt und der Inhalt des Blattes aktueller. Mit dem „Grundstein“ kommen auch wie bisher zum Versand die übrigen Bundesblätter.



Del aufs Wasser oder Del ins Feuer?

Man hat heutzutage noch keine Gewissheit, wie das Erdöl entstanden ist. Wahrscheinlich geht es auf Anhäufungen fetthaltiger Reste von Tieren zurück.

Ob der Warshauer Geisliche aus dem Ende des 18. Jahrhunderts mit seiner Legende recht hat, die Erde sei ursprünglich im Paradies sehr fett gewesen, nach dem Sündenfall habe aber Gott das nahrhafte Fett verdunstet oder verdickern lassen und es durch die Einflut in ungenießbares Erdöl verwandelt, oder ob wir der übertriebenen Phantasie eines gottlosen Amerikaners glauben wollen, Erdöl sei der Urin fettwanziger Walfische, der sich in Urzeiten auf dem Meeresgrunde angeammelt habe, das bleibt, solange die Wissenschaft nicht restlose Klarheit verschafft hat, dem Geschmach und der Vorliebe des einzelnen überlassen.

Vor 70 Jahren wurde zum ersten Male ein unterirdisches Erdöllager in Nordamerika erbohrt, und seither Tausende von Bohrtürmen in den Vereinigten Staaten, in Mexiko, Venezuela, Holländisch-Indien, im Kaukasus, Galizien, Rumänien, Mesopotamien usw. errichtet.

Gebohrt wird in senkrecht in die Erde getriebenen Schächten, deren Tiefe über 2 Kilometer ins Erdinnere reichen. Trifft man beim Bohren auf das Erdöllager, so wird das Del oft in gewaltigen „Sprühern“ aus der Erde herausgeschleudert. Bei einem solchen Ausbruch wurden im Jahre 1918 in Mexiko die schweren Bohrmaschinen 35 Meter weit weggehoben und ein Delspringbrunnen sprang 182 Meter hoch in die Luft.

Sobald beim Bohren die ersten Delspuren bemerkbar werden, bemächtigt sich aller Menschen in der Umgebung die größte Aufregung. Alle erdenklichen Vorbereitungen werden getroffen, um die zu erwartenden Delmengen zu fassen. In weitem Umkreis werden alle Feuer gelöscht, jeder Arbeiter, jeder Ingenieur steht auf seinem Platze. Man weiß nicht welche Ueberrassungen, welche Katastrophen bevorstehen. Häufig werden die ganzen Bohranlagen zerstört, das austretende Gas befäht die Bedienungs-mannschaften oder verpflanzt sie in einen Rauchsitz, der sie halb toll werden läßt. Ein Funken, und der Delspringbrunnen steht in Flammen; ein Feuerregen verwandelt die ganze Umgebung in ein Feuermeer, das nur unter den gewaltigsten Anstrengungen eingedämmt und gebändigt werden kann.

Von der Quelle wird das Erdöl in Röhrenleitungen an die Verarbeitungsstätten gebracht, wo durch Erhitzen Benzin, Gasolin, Leuchtpetroleum, Gasöl, Schmieröl, Wafelin, Wagenfett, Seiföl usw. abgetrieben werden.

Weltbedeutung hat das Erdöl erlangt, seitdem die aus ihm erlangten Produkte zum Heizen der Dampf-

maschinen und als Betriebsstoff für Diesel- und Benzinmotoren verwendet werden. Oder mit andern Worten: seitdem sie zum Antrieb von Schiffen, Automobilen und Flugzeugen dienen.

Besonders auf Schiffen verdrängt die Delfeuerung die Kohlenfeuerung immer rascher. Kann man doch Del achtmal so rasch in ein Schiff einpumpen, als die entsprechende Kohlenmenge verladen. Und das nicht nur im Hafen, sondern auch auf hoher See. Bei Delfeuerung beträgt die Belastung des Schiffes um ein Drittel weniger als bei Kohlenheizung, und bei Verwendung von Dieselmotoren gar um drei Viertel weniger. Man verbraucht natürlich auch viel weniger Raum für die Lagerung des Heizmaterials, in letzterem Falle gar um vier Fünftel. Statt 320 Mann bei Kohlenfeuerung, braucht das moderne Ozean-Motorschiff nur 25 bis 30 Mann zur Bedienung. Und so entfällt von den neuerbauten Handelsschiffen seit Jahren mehr als die Hälfte auf Motorschiffe. Wurden vor dem Kriege noch 90 % aller Schiffe mit Kohle geheizt, so sind es 1927 nur noch 65 %.

Aber nicht minder rasch vollzieht sich dieser Uebergang bei den Kriegsschiffen. Mit Rücksicht darauf und auf die steigende Bedeutung des Flugwesens für die Kriegsführung, hat die Außenpolitik der kriegsläufigeren Weltmächte in der Nachkriegszeit einen durchdringenden Petroleumgeruch bekommen. Nicht nur dort, wo ausgeprochene Petroleumkriege geführt werden, wie gegenwärtig in Indien zwischen England-Holland und Vereinigte Staaten-Rußland. Dieser Krieg soll, weil er für den Widerstreit kapitalistischer Interessensolidarität und kapitalistischer Konkurrenzprinzipien charakteristisch ist, etwas ausführlicher geschildert werden.

„Standard Oil-Truff“ ist die populäre Bezeichnung für einen etwa 500 Gesellschaften, alle Länder der Welt umfassenden Konzern, der durch den heute neunzigjährigen John Rockefeller begründet wurde; dieser hatte sich 1862 als kleiner Buchhalter mit dem Arbeiter Andrews verbunden, der ein neues Verfahren zur Petroleumraffinierung erfunden hatte. Im Jahre 1870 hat die Firma bereits eine Million Dollar Kapital; im Jahre 1887 steht der mächtige Truff da, der die Konsumenten auf das schamloseste ausbeutet, ganze Industriezweige ruiniert und Tausende von Existenzen vernichtet. Der Truff wird vom Staat 1891 aufgelöst, bildet sich neu und wird durch Gerichtsurteil 1913 endgültig verboten. Die Geschäfte gehen gut, von 1900 bis 1910 werden jedes Jahr je Aktie durchschnittlich 40 % Dividende-Gewinnanteil ausgeschüttet, während der tatsächliche Reingewinn in manchen Jahren über 80 % des Kapitals ausmacht.

Der Gesamtwert der jetzt noch bestehenden 31 Standard Oil-Gesellschaften, die früher in dem Truff zu-

Theodor Leipart schwer verunglückt.

Durch einen Aufzugsunfall ist der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, schwer verletzt worden. Er erlitt einen Schenkelbruch und einen Oberschenkelbruch. Der mit in dem verunglückten Aufzug befindliche Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, wurde leichter verletzt. Genosse Leipart liegt in einem Berliner Krankenhaus. Sein Zustand ist ernst. Wir sprechen den lebhaften Wunsch aus, daß Genosse Leipart seine schweren Verletzungen überwinde und seine wertvolle Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung bald wieder zurückgegeben wird. Also von Herzen: Baldige Genesung!

fammengesetzt waren, wurde Ende 1926 auf mehr als 4½ Milliarden Dollar berechnet. Würde man dieses Vermögen der Gesamtheit der auf der Erde lebenden Menschen zum Geschenk machen, so kämen immerhin ein paar Dollar auf jeden einzelnen, Negerskizzen, Eskimogreife, chinesische Mandarine, Indianerfrauen, europäische Proletarier, alles mit eingeschlossen.

Der große Gegner ist der unter dem Namen „Shell“ bekannte Konzern, der 1907 aus einer Interessengemeinschaft der „Rgl. holländischen Gesellschaft zur Ausbeutung der Petroleumquellen in Holländisch-Indien“ und der „Shell Handels- und Transportgesellschaft in London“ entstanden ist. Der „Shell“-Konzern wurde in der Nachkriegszeit dem Standard Oil-Truff allmählich ebenbürtig; das Aktienkapital beträgt gegenwärtig 1,4 Milliarden Dollar.

Kampfobjekt des indischen Delkrieges ist das russische Del. In Rußland arbeiten vor dem Krieg fast 200 Gesellschaften in der Erdölindustrie, deren Kapital zu zwei Dritteln aus dem Ausland stammte. An diesem hatte der „Shell“-Konzern beträchtlichen Anteil. Nach der Revolution der Bolschewiki wurden, wie alle übrigen Unternehmungen, auch die Petroleumgruben sozialisiert — Kapitalwert weniger als eine halbe Milliarde Dollar — und die Sowjetregierung weigert sich, irgendwelche Rechte der Vorbesitzer anzuerkennen. Gleichzeitig ist aber die russische Regierung an der Heranziehung von Kapital zum Ausbau der Gruben interessiert.

Trotzdem die Vorbesitzer alle Kräfte entfalten, um der russischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten — hierher gehört der Einbruch der englischen Regierung in die russische Handelsmission in London und der darauf folgende Abbruch der diplomatischen Beziehungen — und untereinander gegen Rußland gerichtete Solidaritätsvereinbarungen trafen, verzichteten sie doch ungern auf das Geschäft mit Rußland.

Richtig ist auch im Juli 1927 die buntschillernde Solidaritätsfelsenblase geplatzt, als zwei Interessengesellschaften des „Standard Oil-Truff“, nämlich die „Standard Oil Co. of New York“ und die „Vacuum Oil Co.“ mit der Sowjetregierung große Lieferungsverträge für die Mittelmeergebiete, Mesopotamien und insbesondere Indien, abschlossen. So kamen die Ameri-

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gelpert ist in Dargshude das Baugeschäft Sörensen.

Töpfer: Gelpert sind in Leipzig die Firma Paul Hausenreiter, Antonienstraße 11, in Berlin die Firma Koch, Frankfurter Allee 73, in Zeitz die Dfensgegeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hörndle und Emil Böhm, in Burg bei Magdeburg Altemann, in Essen Fischer, in Landsberg a. W. Carl Grund junior, in Hofenhein-Ernst Eugen Wolf, in Waldenburg i. Schl. streiken die Dfensgeher, ferner ist Witom i. P. für Dfensgeher gelpert. In Breslau streiken die Dfensformhersteller, in Götzke die Scheibenpöfper.

Gliesenleger: Streik ist in Bremen.

Streik am Moselkanal. Für die Baustellen an der Mosel zwischen Mesch und Driedenhausen wurde vor dem Schlichter in Köln eine Vereinbarung getroffen, die zwar nicht viel bringt, aber für die Belegschaften einen immochin beachtenswerten Erfolg darstellt. Facharbeiter erhielten 8 3/4, Tiefbauarbeiter 5 3/4 Lohnerhöhung die Stunde, außerdem freie Wohnung, die bisher 25 1/2 Tag kostete. Der Kampf wurde aufgehoben. Immerhin dürften auch jetzt noch nicht die Arbeiter am Moselkanal auf Lohn gebettet sein.

Bezirksverband Offenhausen. (Allgemeinverbindlichklärung des Tarifnachts für Eisenarbeiter.) Die Lohnbewegung im Tiefbau für unsere beim Eisenbau beschäftigten Mitglieder endete mit einem Nachtrag zum geltenden Tarifvertrag, der eine Erhöhung der Zeilöhne und Akkordsätze brachte. Unserm Antrag auf Allgemeinverbindlichklärung des Nachtrages ist stattgegeben worden. Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 26. September ist er mit Wirkung vom 1. August 1929 für allgemeinverbindlich erklärt worden. Damit haben unsere Mitglieder, soweit sie beim Eisenbau der Kommunen beschäftigt werden, volles Tarifrecht. Sie müssen es nun auch jederzeit geltend machen! — Nähere Mitteilungen über Anwendung und Durchführung des Nachtrages geben die Baugewerkschaften unseres Bezirkes.

Aus den Baugewerkschaften

Frankfurt am Main. Der gegen den Zahlstellenkassierer, Kollegen Johannes Orth 8, Lübelwieselbach am Odenwald, gerichtlich aufgefauchte Verdacht einer Denunziation gegen den Kollegen Schnellbacher hat sich durch die Untersuchung des Baugewerkschaftsvorstandes unter Heranziehung aller in Frage kommenden Personen in der Sitzung vom 6. Oktober als völlig unbegründet erwiesen. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit mit dieser Veröffentlichung als erledigt anzusehen.

Karlsruhe. (Miois Deck f.) Am 16. September verstarb unser Kollege Miois Deck aus Nördlich bei Karlsruhe an den Folgen eines Anfalls. Kollege Deck war bei einem Brunnenaufbau 8 Meter Tiefe beschäftigt; als die zwei letzten Schichten aufgemauert werden sollten, brach die Deck senkrecht mit einem anderen Brunnenaufbau in die Tiefe. Ein etwa 1 1/2 Zentner schwerer Stein fiel dem Kollegen Deck auf den Leib und die Beine, verursachte schwere innere Verletzungen und dreifache Beinbrüche. Die Wundheilung war ebenfalls gebrochen. Nach vier Tagen schwerer Schmerzen hauchte Deck sein Leben aus. — Kollege Deck gehörte zu denen, die bei der Gründung der Zahlstelle Nördlich des Maurerverbandes dabei waren und sich die erdenklichste Mühe gaben, das Neugeschaffene zu beugen und zu pflegen. In diesem Sinne arbeitete Deck bis zu seinem tragischen Lebensende. Auch auf politischem Gebiete fand unser Miois stets in vorbesten Reihen. Durch das Vertrauen seiner Heimatskollegen stand er nicht nur lange Jahre an der Spitze unserer Nördlich Zahlstelle, er war dort auch seit vielen Jahren von der SPD, in den Gemeinderat gewählt. Seine Ehrenämter versah er in dem Bewußtsein, seine Fähigkeiten selbstlos in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen. Pflichtgefühl und Pflichtstreue waren für ihn oberstes Gesetz. Die Zahlstelle Nördlich und mit ihr die ganze Baugewerkschaft hat durch den Tod unseres Miois einen schweren Verlust erlitten. Mögen ihm namentlich die jüngeren Kollegen für seine Tätigkeit dadurch danken, daß sie in seinem Geiste und in seinem Sinne sein begonnenes Werk weiterführen. Der Name Miois wird in der Geschichte der Karlsruhe Baugewerkschaft weiter leben; wir werden ihm jederzeit ein dankbares Andenken bewahren!

Landsht. In der Versammlung am 7. September sprach der Kollege Schmidt von der Bezirksleitung über Zentralisation und Reichstagsvertrag. Ausgehend von den Zusammenhängen der größten Baunternahmen zu riesigen Konzernern, forderte er sichtlich die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß jeder Arbeiter, der im Baugewerbe arbeitet, dem Deutschen Baugewerksbund angehört. Nur so können die Rechte, die uns der Reichstagsvertrag gibt, gegenüber der Macht des Kapitals gesahrt werden. — Eine lebhafteste, aber sachliche Aussprache schloß sich dem Vortrag an.

Meißen. (Jubelfeier in Rossen.) In diesem Jahre machte es sich wiederum notwendig, eine Anzahl Jubilare zu ehren. Es handelte sich um die Jubilare der Zahlstelle Rossen. Die Baugewerkschaft Rossen wurde im Jahre 1928 mit der Baugewerkschaft Meißen verschmolzen, um den ganzen Bezirk agitarisch besser bearbeiten zu können. Im Jahre 1908 wurde die Zahlstelle (früher Zweigverein der Maurer) gegründet. 28 Jubilare wurden geehrt. Darunter befinden sich ein großer Teil, die schon in den neunziger Jahren der Organisation beigetreten sind. Der Vorsitzende begrüßte die Jubilare und die Gäste im Auftrag der Baugewerkschaft. Als Mitwirkende kamen in Betracht, der Arbeitergesangverein Rossen und

Nieder mit dem Jugenbergischen Volksbegehren!

Was wollen die Jugenberg und Gelde? Sie wollen mit ihrem verbrecherischen Volksbegehren die Republik stürzen und das monarchische Hofesregiment wieder errichten! Sie wollen jegliche Volkstreue beseitigen! In der Wirtschaft sind sie für die Selbstherrlichkeit des Unternehmertums und gegen jede Demokratisierung! Sie sind für Abbau und Zerstörung der Sozialversicherung! Sie sind für Faschismus, für die Herrschaft der Militär- und Adelshäute! Sie schützen den Krieg und damit Deutschlands Verderben! Deshalb nieder mit diesem offene Türen einrennenden und verbrecherischen Volksbegehren der verpöblichten Arbeiterfeinde! — Kein Arbeiter, keine Arbeiterin, kein Republikaner, kein Demokrat, kein mit Vernunft begabter Mensch darf dieses Volksbegehren unterstützen!

die freien Turner. Das Programm war reichhaltig. Im Mittelpunkt stand die Festsrede des Kollegen Leipzig, der in kurzen Jagen und mit begeisterten Worten die Entschiedenheit der Zahlstelle Rossen schilderte. Vor dem geistigen Auge der Anwesenden zogen noch einmal alle die Kampfe vorüber, die die Jubilare durchmachen mußten, um sich bei den Unternehmern Anerkennung zu verschaffen. Gerade das Gebiet von Rossen und Umgebung war früher ein Schmerzpunkt in der Arbeiterbewegung. Heute sind die Bauarbeiter dort führend. Mit liebevollen Worten gedachte er der Frauen der Jubilare, die ihren Männern bei früheren Kämpfen hilfreich zur Seite standen haben. An die zahlreich erschienenen Jugend riefte sich sein Appell, sich die alten Kämpfer zum Vorbild zu nehmen, denn die Jugend muß und soll das Werk vollenden, was die alten Kämpfer begonnen haben. Die alten Kollegen sollten an ihrem Lebensabend die Beweihe haben, daß ihr Werk in gute Hände übergeht. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Dann wurden die Ehrenurkunden überreicht. Freude strahlte auf den Gesichtern der alten Kämpfer. — Ein zwangloses Beisammensein mit Musik und Tanz hielt all und jung noch lange beisammen. Alle Teilnehmer waren mit dem Verlauf der Feier zufrieden.

Schweinfurt. (Vertreterversammlung.) In der Vertreterversammlung am 22. September berichtete Kollege Engelhard ausführlich über die Tätigkeit des Vorstandes bis zum September. Der Bericht wurde mit Befriedigung aufgenommen. Obwohl Schweinfurt als eine aufblühende Industriestadt bezeichnet wird, fehlten uns hier seit Jahren die Industriearbeiter sehr spät in Arbeit. Dem schloß sich die Bausittigkeit auf wenige Monate zusammen; schon jetzt macht sich die Arbeitslosigkeit wieder in steigender Maße bemerkbar. Im Schweinfurter Gebiet wird es kaum möglich sein, für diesen Herbst noch Arbeit zu finden. Bad Kissingen ist zwar ein Weltbad, aber auch dort ist die Bausittigkeit schon seit Jahren sehr gering. Nach unserer Zustellstatistik wurden dort beispielsweise bei Regierarbeiten: 22 Pußer und Stukkarbeiter, 3 Hilfsarbeiter und — 65 Lehrlinge bei 18 Unternehmern! Daß es unter solchen Umständen an einer richtigen fachlichen Ausbildung mangelt, dürfte auch die Unterfränkische Handwerkskammer nicht bestreiten können. Unsere Nürnberg Kollegen beklagen sich nicht mit Unrecht, daß nach dort aus Unterfranken eine Anzahl jüngerer Kollegen kommen, die eine richtige handwerkliche Fähigkeit nicht erfüllen können. In anderen kleineren, ländlichen Wohngebieten war eine besondere Bausittigkeit auch nicht vorhanden. Viele Kollegen können sich im Verlaufe des Baujahres keine neue Anwartschaft zur Arbeitslosenversicherung erwerben. Wegen Jahresende müssen alle diese Kollegen gezahlt werden, um drohende Verschlechterungen im Gehalt mit Erfolg abzuwehren und Verbesserungen begründen zu können. Der durch unsern Bund geführte Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung wurde allseitig anerkannt. Das Geschrei über die „zu hohen“ Soziallasten geht durch den gesamten bürgerlichen Wälferrn. Erhebungen über die gewährten Ferien (Urlaub nach § 10 ArbZG) werden auch gegen Jahresende gemacht, um ersehen zu können, welcher Prozentsatz unserer Kollegen in den Genuss von Ferien gekommen ist. Im übrigen muß jeder Kollege den Urlaub haben, seinen Urlaub am Tage der Fälligkeit zu erlangen, sonst schädigt er sich selbst. Angehörige des verlassenen langen Winters und der dadurch bedingten gemessenen starken Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung muß allen Kollegen zur Pflicht gemacht werden, die leistungsgemäßen Beiträge zu leisten; dies gilt auch für die in Nürnberg bezahlten Beiträge und Stukkarbeiter. — In der Aussprache schäftigten die marktshreierische Agitationsweise des Christlichen Bauarbeiterverbandes in seinem Organ und besonders im „Fränkischen Volksblatt“ Nr. 140 erwähnt, wo von einer „enormen“ Steigerung seiner Mitgliederzahl die Rede ist, was auf seinen wahren Wert zurückgeführt wurde. Hier ist den Christen in dem wandlungsfähigen Maurer E. Siegmann aus Oberwerrn ein „Helfer“ entstanden. Siegmann hat sich nach dem Kriege politisch sehr radikal betätigt, war einige Zeit Postassistent und gründete dann, ausgerüstet mit allen Fähigkeiten, ein eigenes großes Baugeschäft. Auf seinen und nach vorliegenden Rechnungen von damals ist zu sehen: Baunternahmen Siegmann, Oberwerrn, Holz-, Zieg- und Eisenbauarbeiten u. a. Bautechnisches Ingenieur-Bureau.“ Als dann Siegmann später hier als Maurer arbeitete, wurde er von seinem Unternehmer nicht so hoch, wie erwartet, eingeschätzt, bis dann die Christen seine guten Fähigkeiten entdeckten. Christlich kann man heute nur noch Bauern und Arbeiter organisieren, nicht aber Unternehmer oder Industrielle. — Im Kampfe um die Arbeitslosenversicherung führen die bäuerlichen Organe einen heftigen Kampf gegen die gleichgültigen christlichen Arbeiter, was ja in der Nummer 33 der christlichen „Baugewerkschaft“ durch den Bezirksleiter Gahemeyer ausdrücklich betätigt wird. Dies mußte den noch christlich organisierten Arbeitern richtig vor Augen geführt werden. Aber auch bei uns könnte gar manches besser sein, wenn die Werbetätigkeit auf dem Lande nicht vielfach durch allerlei belanglose Festlichkeiten

in den Sommermonaten behindert würde. Es wurde beschlossen, in allerhöchster Zeit in allen Zahlstellen mit aufklärenden Versammlungen zu beginnen. Dabei soll auch das Lichtbild in den Dienst unserer Sache gestellt werden. Im Winter muß nachgeholt werden, was im Sommer veräumt wurde.

Stuttgart. (Johann Fejer 80 Jahre.) In unserer Zahlstelle Denckendorf wurde der Tag, an dem unser Kollege Fejer sein 80. Lebensjahr vollendet, festlich begangen. Es galt einen Kollegen zu ehren, der einer der ersten war, die den Organisationsgedanken unter den Denckendorfer Bauarbeitern bestanden und förderten. Eine stattliche Anzahl Berufskollegen mit Familienangehörigen hatte sich zur Feier eingefunden, um den Kollegen Fejer mit seiner 78jährigen Gattin die besten Glückwünsche persönlich zu überbringen. Der Jubilar, obwohl fast erblindet, war hoch erfreut, als Kollege Bender in seiner Feiertansprache die Verdienste des Kollegen Fejer um die Organisation besonders hervorhob mit der eindringenden Mahnung an die jüngeren Kollegen, sich der dringenden dem Alten zu nehmen. Auch die Kollegen Gröber, Kändler und Knoll feierten den Kollegen Fejer als ihren gewerkschaftlichen und fachlichen Lehrmeister. Zur Verherrlichung der Feier hatten der Musikverein und der Arbeitergesangverein in dankenswerter Weise beigetragen, und nur allzu schnell verfließen die Stunden, bis das Jubelpaar, geführt vom Kollegen Bender, im Auto den Heimweg antat. Den Denckendorfer Kollegen wird diese Feier ein Ansporn sein, für die Interessen der Organisation auch weiterhin zu wirken, bis der letzte Bauarbeiter der Organisation zugeführt ist.

Frier. (Fejer Gendring f.) Mit ihm ist einer unserer Besten aus unsern Reihen geschieden. Er war Mitbegründer der Zahlstelle des Bauhilfsarbeiterverbandes und hat dort die Kassengeschäfte bis zur Verschmelzung geführt. Seit Bestehen des Bauarbeiterverbandes bis zum Jahre 1913 war er Kassierer des Zweigvereins. Unserm Funktionärkörper gehörte er bis zu seinem Tode an, zuletzt als Revissor. Unserer Jugend war er ein leuchtendes Beispiel. Nun hat ihn in noch frühem Alter von 54 Jahren der Tod abgerufen. Sein Andenken werden wir in hohen Ehren halten!

Worms. (Jubilarefeier.) Vor einigen Wochen wurde unsere diesjährige Familienfeier, verbunden mit der Ehrung der Jubilare, abgehalten. Die Feier war zahlreich besucht. Unser Bundesvorsitzender, Kollege Bernhardt, hatte die Festsrede übernommen. Außerdem war von der Bezirksleitung Kollege Stampe erschienen. — Bernhardt wies in seiner Festsrede darauf hin, unter welsch schwierigen Verhältnissen die Arbeiterbewegung in Worms zu kämpfen hatte. Bernhardt war vor ungefähr 30 Jahren in Worms beschäftigt und konnte aus dieser Zeit so ziemlich die damaligen Schwierigkeiten, geschaffen durch die Macht des Lederkönigs Hehl. Er betonte, daß es besonders hoch zu schätzen sei, daß in der damaligen Zeit die Kollegen den Mut fanden, sich zu organisieren. Weiter schilderte er, wie die junge Organisation zu kämpfen hatte. Im Jahre 1909 brach anlässlich einer Maßregelung ein Streik aus, worauf der Belagerungszustand über Worms verhängt wurde. Jeden Tag sperrte ein Bataillon des Infanterieregiments 118 im Umkreis von mehreren Kilometern die Zahlstelle ab, so daß die Streikenden nicht an die Zahlstelle heran konnten. Der Streik ist aber, nachdem die Militär beendigt worden, nach sechs Wochen mit vollem Erfolg beendet worden. Von diesem Zeitpunkt an machten nicht nur die Bauarbeiter, sondern die gesamte Arbeiterbewegung in Worms Fortschritte. Bernhardt ermahnte die Jugend, im Sinne der Alten weiter zu wirken und riefte auch einige Worte an die Frauen der Jubilare, denen er für ihre Mitarbeit in der schweren Zeit dankte, denn ohne ihre Mitarbeit wäre dieser Erfolg nicht erzielt worden. — Darauf sprach noch Kollege Stampe in ähnlichem Sinne, worauf Kollege Baas im Namen der Jubilare für die Ehrenurkunden dankte und die Anfangszeit unserer Organisation schilderte. — Nach dem ersten begann dann der gemüthliche Teil unter Mitwirkung des Arbeiter-Artistenklubs 1910, des Volkshörers sowie der freien Turner. Sämtliche Darbietungen wurden von den Teilnehmern mit Befriedigung aufgenommen, ganz besonders die des Artistenklubs. Die Festteilnehmer blieben bis zum Schluß aus und gingen in die Kassen des Alltags für einige Stunden verlegen zu haben. — Hoffen wir, daß die Rede unseres Kollegen Bernhardt zum Ausbau unseres Bundes beitragen wird!

Aus den Fachgruppen

Altpfalterer.

Berlin. In unserer Fachgruppe sprach am 22. September der Kollege Krieger über das Thema: „Warum ist unser Tarifvertrag noch nicht abgeschlossen?“ Nachdem die Gefahr bestand, daß auf Antrag der Unternehmer der Schlichter für Groß-Berlin den Schiedsspruch für verbindlich erklärt hätte, mußten wir, um uns nicht selbst und die Organisation zu schädigen, den Streik abbrechen. In der Erwartung, nach dem Lohnabkommen auch zum Abschluß eines Tarifvertrages zu kommen, haben wir uns getäußt. Verschiedene Verbesserungen sind allerdings im neuen Vertrag enthalten, jedoch haben wir auch Verschlechterungen gegenüber. So soll im neuen Vertrag die Bestimmung fallen, nach der der Unternehmer verpflichtet war, 25 % Zuschlag zu zahlen für die Stunden, die nach 8 Uhr abends gearbeitet werden, selbst wenn sie in Wechselzeiten fallen. Die Unternehmer begründen diese Forderung damit, daß diese Zuschläge in der letzten Zeit von den Arbeitern nicht mehr gefordert und folglich von den Firmen nicht gezahlt wurden. Es mag ja sein, daß sich hier und dort ein paar Inorganisierte gefunden haben, die in der Hoffnung auf Winterarbeit nicht gefordert haben, wie Fachgruppenleitung denkt nicht daran, diese 25 % preiszugeben. Um den Unternehmern das Gegenteil zu beweisen, werden alle Kollegen, die in solchen Schichten gearbeitet und die prozentualen Zuschläge gezahlt bekommen



Für Heim und Familie



Nichtfest.

Alles dänisches Volkslied.
 Brennt den Lehm zu festen Steinen:
 Dann den Stein dem Steine einen!
 Schon halb fertig steht das Haus —
 Es sieht so rot und lustig aus.
 Wie des Vades weiße Balken
 Stolz die freie Krone halten!
 Lammegrün mit gold'nem Band:
 Windekranz von Mädchenhand!
 Und der Altgeselle spricht:
 Schenk' die Sonne Segenslicht!
 Nebenan — beim Lindenbaum,
 Springt vom Faß der Gerstensaum.
 Maurer und die Zimmerleute:
 Stolz, wie fröhlich sind sie heute!
 Und die Hestharmonika
 Lockt die bunten Mädchenchar.
 Inge tanzt mit Maurersmann,
 Esbeth mit dem Zimmermann.
 Mond kommt hoch mit Sternenpracht —
 Abschließend und Gute Nacht!
 Uebersetzung von Max Dorku.

Neue Wege der Kindererziehung.

Die sozialistische Kinderfreundebewegung kann als die jüngste Mitarbeiterin der modernen Arbeiterbewegung angesehen werden. Ihrer besonderen Bedeutung gemäß ist sie vornehmlich eine Erziehungsbewegung, eine „pädagogische Provinz“ im Staate, die den Lehrraum, der durch das Ungenügen des staatlichen Unterrichtswesens entsteht, durch eine neue Lebens- und Arbeitsgestaltung in fortschrittlichem Geiste ausfüllen will. Dabei soll die aufbauende Arbeit der schon vielerorts wirkenden Reform- und Versuchsschulen nicht abgerungen werden; im Gegenteil: diese Arbeit anerkennen und zu unterstützen ist unsere Aufgabe. Aber selbst die modernsten Schultypen unserer Tage beschränken sich noch im überwiegenden Teile darauf, Lehrrichtlinien und keine Lebens- und Erziehungsgemeinschaften in unserem Sinne zu sein. Sie dürfen auch gar nichts anderes sein, da sie sich ja noch in den sehr widerprüchlichen Organismus des heutigen kapitalistischen Staates einfügen müssen.

Welcher Weg aber gegangen werden muß, um die Kinder der Arbeiterklasse für die Gestaltung einer besseren Zukunft zu befähigen, zeigen die Bemühungen der Kinderfreunde. Elementarunterricht zu erteilen ist nicht ihre Aufgabe, aber aus den ihr anvertrauten Kindern eine lebensdienliche, freundschaftstrotzige Gemeinschaft zu machen, ist ihr im Laufe des verhältnismäßig kurzjährigen Wirkens gelungen. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen als eine neue Form die Kinderrepubliken, die als Zeltlager veranstaltet werden. Hiermit aufmerksam zu machen, ist der Sinn dieser kurzen Zeilen.

Warum Zeltlager? Diese Frage ist schon oft von Eltern und Erziehern gestellt worden und die Beantwortung, die selbstverständlich aus dem Werteschatz der Erziehungsgrundsätze der Kinderfreunde entnommen wurde, nicht immer recht anerkannt und gewürdigt worden. Ausgangspunkt war die Ueberzeugung, für die Arbeiterkinder von etwa 10 bis 14 Jahren die glücklichste Form einer gemeinschaftlichen Erziehung zur Ordnung, Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu finden. Diese drei Notwendigkeiten jeder menschlichen Gemeinschaft sind auch ein Grundpaar für diese Bewegung geworden. Man kann das auch durch mehr oder weniger lehrhafte Unterweisungen tun, aber eindringlicher und vor allem kindsgemäßer ist es, alle die Dinge, die zu der Existenz eines freien und solidarischen Menschen notwendig sind, selbst erarbeiten, selbst erleben zu lassen. Die Zeltlager und besonders die seit zwei Jahren veranstalteten großen Zeltrepubliken der Kinderfreunde geben genügend Gelegenheit, jedes Kind schon frühzeitig in den Rhythmus und in die Funktionen eines sozialistischen Staates, der für die erwachsene Arbeiterschaft noch ein Traum von morgen ist, einzubringen. Hier, in seiner Zeltlagergemeinschaft, erlebt das Kind oft zum ersten Male die Gesamtheit als Ganzes, die Notwendigkeit der gegenseitigen Hilfe, das „Wir“, das „Alle für alle“. Indem es sich nicht nur als Bürger seiner Republik, sondern auch als gleichberechtigter Träger und Funktionär seines selbstgeschaffenen Staates empfinden lernt, wächst in ihm ein größeres Gefühl für Verantwortlichkeit und Treue, als das durch eine auch noch so gut gelehrte Staatsbürgerkunde der Fall sein kann.

Aus diesen Anmerkungen wie überhaupt versteht sich, daß die Zeltlagerrepubliken auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind. In ihnen lebt der fruchtbare Gedanke einer Selbstverwaltung, reguliert und kontrolliert durch eine innere, dem Geltungsritus und kindlichen Empfinden angepasste Form eines Parlamentarismus. 12 bis 15 Kinder schließen sich zu einer Zeltgemeinschaft zusammen, wählen aus ihren Reihen einen Ödman. Die Zeltleute bilden das Dorfparlament unter Vorsitz des Bürgermeisters. Aus der Mitte des Dorfparlamentes werden die Vertreter ins Lagerparlament gewählt, die die Volksvertretung der gesamten Republik ist. Dem Lagerparlament gehören außer den Vorabgerufenen noch der Lagerpräsident, der Lagerobmann, die Bürgermeister der einzelnen Zeltörter und die Sachverwalter für Ernährung, Material, Post, Veranstaltungen usw. an. Diese gewählten Vertreter und Körperschaften verwalteten den Haushalt nach rationalen Prinzipien, die die gesamte

Ökonomie und Organisation notwendig macht, und repräsentieren die Kinderrepublik. So leben nun die Kinder (9000 in fünf reichsdeutschen und einem dänischen Lager) sind es schon in diesem Jahre gewesen) mit den erwachsenen Helfern vier Ferienwochen in Luft, Sonne und Freiheit. Alle tragen sie dazu bei, daß der Staat, den sie selbst errichtet haben, zur Heimat ihres Glaubens und ihrer Freude wird. Sie sind alle stolz auf ihre Republik; die erwachsene Arbeiterschaft, in deren Reihen einmals ihre Kinder kämpfen werden, kann es auch sein.
 Walter G. Dschilewski.

Zum Abbau der sozialen Lasten.

Wieder gilt's einen Weg zu gründen —
 Wird' ich nun endlich Arbeit finden?
 Die Miete ist teuer, das Leben ist schwer,
 Wo nehme ich dazu die Mittel her? —
 Er geht zu der Baustelle, nach Arbeit zu sehn,
 Da steht er den fahrbaren Kranen stehn,
 Den Grund zu heben, mit Gießern bereit —
 Das ist der Fortschritt der neuen Zeit!
 Der Politiker winkt ab: „Wir brauchen Sie nicht,
 Hier dieser Große, der tut seine Pflicht!
 Mit seinen gewaltigen Eisenfüßen
 Geht er wohlgeleitete Pferdeschlingen
 Von Sumus aus dem Erdenloß —
 Ja, der hat es ganz gemaltig los!
 Das schafft und raktiert tagaus, tagein —
 In fünfzig Tagen muß' ich Arbeit sein!“
 Und so bei jedem Schwingen der Krane
 Die Linsen und die Räder knarren,
 Vorwärts geht es mit Hoff und Haß,
 Und in dem Arbeitswettbewerb
 Stehen Maschinen, Mensch und Vieh.
 Dieser große Eisenbruder,
 Dieses gotterbarmte Eubor
 Beschleunigt mit Nietenkraft alle Werke,
 Es meistert sie mit gewaltiger Stärke.
 So früher mit seiner Muskelkraft
 Der Mann für Weib und Kind geschafft,
 Da raktiert jetzt rurend der Motor,
 Und der Mensch steht arbeitslos vor dem Tor.
 Beton — das ist heute die Parole
 Von dem Dachstuhl bis herunter zur Sohle;
 Und Maurer, Schreiner und Zimmermann,
 Die sehn' sich das Werk von außen an . . .

Spießer, kannst Du das verstehen,
 So täglich Polonais zu heben,
 Leer der Vögel und leer die Taschen,
 Woß um Arbeit zu erlangen?
 Krank zu Hause sind Frau und Kinder,
 Kohlenlos ist der harte Winter,
 Wasserluppen, kärglich Brot,
 Aus den Ecken grinst die Not! —
 Reiz! Das kann n u n D u nicht verstehen!
 Du kannst ja fast zu Bette gehen,
 Wohlgefühl ist dein runder Bauch
 Und der Deiner Gattin auch.
 Dann dankst Du froh am späten Morgen,
 Bar von allen Alltagsorgen,
 Deinem Gott, daß er die Welt
 Doch so herrlich hat bestellt.
 Und schließlich verheißt Du am Stammtisch zu maulen
 Ueber die Proleten, die faulen,
 Schimpfst dann auch auf die Republik —
 Das ist Spießerpolitik!

Doch da fällt mir etwas ein
 Von Mainz, der schönen Stadt am Rhein.
 Ja, das waren ohne Frage
 Schöne Mehgerinnungsstage!
 Man hielt dort große Fleischbeshau;
 Alldeutland schickte aus jedem Ort
 Einen Mehgermeister als braven Vertreter —
 Ja, so einen Bauch hat nicht ein jeder!
 Sie klagen über die Wirtschaftnot,
 Wie hart zu verdienen sei das Brot,
 Und auch von den sozialen Ärten
 Hatten sie viel und breit zu reden.
 Sie übten die heftigste Kritik
 In der bösen Judenrepublik.
 In der saßen Faulenzer erzieht
 Und nicht die Tot der Fleischer steht.
 Abbau der sozialen Lasten —
 Das war des Redewallahs Fazit;
 Sollen die Meister denn auch noch fasten?
 So könnte das zornige Klagelied.
 Und dann als Zeichen der großen Not
 Und ihres wirklich harten Ringens
 Ließen sie von Mainz bis Bingen
 Beleuchten Schiffe, Brücke und Boot;
 Tausende glühende Feuerfarben
 Leuchten von ihrem harten Darben,
 Und Millionen hellleuchtender Sterne
 Gab man leuchten in magischer Ferne —
 Und wer nun an die Notgeroht nicht glaubt,
 Dem hat Gott den armen Verstand geraubt . . .

Ja, so stöhnt und klagt ein jeder
 Seine Not dem Parlament,
 Und das Jammern und Gezeier
 Nimmt wachstümlich gar kein End.
 Und nun wird des Vaterlandes Dank dargebracht
 Den Arbeitslosen flugs über Nacht;
 Die „Ketter Deutschlands“, die Ruhrstrafen,
 Die Millionen nahmen vom Staatsvermögen,
 Die auf Vorstoß sich jetzt ihre Lorbeeren borgen,
 Sie befreien das Reich von Erwerbslosenjorn!
 Doch hab' acht! Eure Rechnung ist falsch und zu knapp —
 Einst schlag' unsere Stunde, dann rechnen wir ab!
 Heinz G. Schneider, Wrepenheim bei Mainz.

Der Wirtschaftsdünkel.

Ein Stück Naturgeschichte von H. Silvester.
 Die hauptsächlichsten Bewohner des Wirtschaftsdünkels sind die „Wirtschaftslöwen“, die dazugehörigen „Syndici“ und die „Arbeitslosen“. Die Brüder der letzteren sind die in Freiheit lebenden „Gewerkschaftslosen“.
 Der vorhin erwähnte „Syndikus“ gehört mit zur Familie der „Wirtschaftslöwen“, hat aber in seinen jüngeren Jahren, gleich den Pilotischen der Saie im Meer, die „Wirtschaftslöwen“ dorthin zu leiten, wo sie Zeute schlagen können, dafür wird ihm dann Schutz und Futter gewährt. Die „Wirtschaftslöwen“ leben in Ruodeln. Zu jedem Ruodel gehört mindestens ein Syndikus. Vornehmlich richten sich ihre Angriffe gegen die Arbeitslosen; ohgleich diese viel kräftiger sind, haben sie sich in früheren Zeiten nicht viel zur Wehr sehen können.

Dies lag in der Hauptsache daran, daß der Staat Jagdgründe bestellt hatte, die von der Hege wenig Ahnung hatten und in den meisten Fällen nur Schreckschiffe abgaben. Die „Wirtschaftslöwen“, nachdem sie erst Blut geleckt hatten, ließen sich wenig fürchten. Die Jäger, die „Wirtschaftslöwen“ von ihren Opfern zu vertreiben, einestails um die Dschungelränder sich vermehren zu lassen, weil sie zahllosmäßig schwächer waren als die „Arbeitslosen“, andererseits darum, um nicht selbst einmal den „Wirtschaftslöwen“ zum Opfer zu fallen. Waren die „Gewerkschaftslosen“ nicht öfter ihren Brüdern zur Hilfe geeilt, so würde es wohl böse um sie bestellt gewesen sein.

Durch die wiederholten Ueberfälle gewöhigt, stellten die „Arbeitslosen“ nun Wachen aus, die sogenannten „Wachposten“. Der Staat, süßig geworden durch die rapide Vermehrung der „Wirtschaftslöwen“, setzte die alten Jagdgründe ab und organisierte neue Abteilungen für die Hege. Diese neuen Jagdstationen nennen sich Arbeitsgerichte und ihre Mitglieder Arbeitsgerichtsräte. Diese Stationen sind im gesamten Wirtschaftsdünkel so verteilt, daß die „Wirtschaftslöwen“ bei Ueberfall eines Opfers sofort verjagt werden können.

Im Vergleich zu früheren Zeiten ist es ja schon besser geworden. Desser aber holen die „Wirtschaftslöwen“ den „Arbeitslosen“ immer noch das Futter weg. Vor allen Dingen möchten sie ihnen die „Arbeitslosenunterstützung“ rauben, weil sie ganz genau wissen, daß sie dann ihr Opfer leichter schlagen können. Doch der Naturschutzverein „Sozialdemokratische Partei“ verteidigt diese Position aufs Hartnäckigste und läßt trotz allen Löwengebrüll an dem Grundgedanken der „Arbeitslosenunterstützung“ nicht rütteln.

Die Rede war öfter von den „Syndici“. Ihre Aufgaben habe ich vorher beschrieben. Sie gehören wohl der Familie der „Wirtschaftslöwen“ an, doch nur ihrer „I-Klasse“. Durch das jahrelange Zusammenleben mit dem Ruodel der „Wirtschaftslöwen“ werden ihre Raubinfinke gewendet und sie beteiligen sich an den Ueberfällen. Mit zunehmendem Alter entwickeln sie sich zumest auch zu „Wirtschaftslöwen“.

Treffende Antwort.

Vor einiger Zeit ging bei Walter Hammer, dem mutigen Herausgeber fortschrittlicher und friedensfreundlicher Zeitschriften und Wächer folgende Bestellung ein:
 Bestellkarte an den Fackelreiter-Verlag,
 Hamburg-Bergedorf.

Von R. J. Müller, Evangelische Buchhandlung,
 Berlin W 8, Mohrenstraße 29.
 (Sendet bitte mit Kreuzband.)

fröhlich umgehend in meinem Auftrag und für meine Rechnung direkt an (rot unterstrichen):
 Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Hermine,
 Haus Doorn (Holland)

1 Hoffmann, Frontsoldaten, gb.
 Die Antwort wird für die Evangelische Buchhandlung sowohl wie für ihre Kundin lehrreich gewesen sein. Sie lautete:

Ihre gestern bel uns eingegangene Bestellung auf Hoffmanns Buch „Frontsoldaten“ läßt sich leider nicht in dem von Ihnen gewünschten Sinn umgehend ausführen. Wir können es keinem Angestellten zumuten, eine politische Adresse zu schreiben, und wir mögen uns auch nicht dem berechtigten Geplörr der die Sendung besordernden Postbeamten aussetzen. Da Haus Doorn kein Kaiserreich ist, gibt es keine Kaiserin und Königin Hermine. Die Frau des ehemaligen deutschen Kaisers können wir nur in der offiziell vorgeschriebenen Form titulieren als Prinzessin Wilhelm von Preußen, besser noch: Frau Prinz Wilhelm von Preußen. Wenn Sie aber eine Phantasieliteratur auf die Sendung geschrieben haben wollen, müssen Sie damit schon jemandem betrauen, dessen Sinn für staatsbürgerliche Würde unentwiefelbar geblieben ist.

Der Fackelreiter-Verlag.
 So kam Wilhelms II. Frau insolge lakonischer Geschmackslosigkeit ihrer Lieferantin vorläufig um die Lektüre eines guten Buches, das sie ihrem Mann hoffentlich auch noch einmal zu seinem geistigen Nutzen vorlesen kann.

Im juristischen Examen möchte der Professor die Definition des Betruges haben. Der Examinand gibt darauf zur Antwort:

„Betrug ist, wenn Sie mich bei der Prüfung nicht bestehen lassen; denn nach § 265 des Reichsgerichtsbuches macht sich des Betruges schuldig, wer die Unwissenheit eines andern ausnußt, um diesen zu schädigen.“

Zweite Lichtbildnerzusammenkunft des Baugewerksbundes.

Am 29. und 30. September tagte im Schulheim am Wersee erneut eine Zusammenkunft der Kollegen im unsem Bunde, die mit der Kamera oder dem Lichtbildgerät arbeiten. 40 Teilnehmer aus dem Reich, dazu die Kollegen Bernhard, Scheibel, Pfennik, Bebert und Waffel aus dem Hauptbüro waren erschienen. Als erstes wurde über die technische Güte und den Inhalt der von uns aufzunehmenden Bilder gesprochen. Eine kleine Ausstellung von Aufnahmen, die im vergangenen Jahre gemacht worden waren, war von der Lichtbildabteilung zur Erläuterung in einem Nebenraum aufgestellt worden. Außerdem gab es während der Aussprache eine Reihe von Lichtbildern zu dem gleichen Thema. Alle gezeigten Bilder waren von verschiedenen Kollegen (allerdings zum kleinen Teil auch von der Lichtbildabteilung selber) aufgenommen worden. Das Ergebnis der Aussprache war, daß nicht die technische Güte einer Aufnahme allein in Betracht zu ziehen ist, sondern daß man über die technische Güte noch den Inhalt des Bildes stellen muß. Um einen Anhaltspunkt für diese „Widmigkeit“ zu haben, hatte die Lichtbildabteilung ein Schema aufgestellt, aus dem die Gesamtheit ihrer Bestätigung hervorging. Aus diesem Schema waren die Arbeiten mit der Kamera herausgenommen, die auch drauhen im Reich von den Kollegen gemacht worden können. So ergab sich für die Kollegen drauhen ein Arbeitsplan, dem mit einigen Einschränkungen zugestimmt wurde. Hauptbestimmungsgebiet ist nach diesem Plan der Bauarbeiterfuß geblieben, doch sollen nicht mehr die Geräte allein Aufnahmegegenstand sein, sondern Einzelheiten aus ihnen, Maschinen, neue Arbeitsmethoden und ähnliche Dinge sollen mehr als bisher in den Bereich der bildmäßigen Darstellung einbezogen werden. Einige Aufnahmen, die die Teilnehmer in der Umgebung der Schule machen konnten, gaben den Fortgeschritten Gelegenheit, die Wirkungen der Weißbilde, die Verschiedenartigkeit der Widaufschlüsse bei Verwendung nur einer Objektive, und ähnliche Fragen zu studieren; die Anfänger hatten die Möglichkeit, die Handhabung der Kamera überhaupt kennenzulernen. Sämtliche Aufnahmen wurden nachmittags neben den Verhandlungen entwickelt und abends und am folgenden Tage in Einzelaussprachen mit der Leitung der Lichtbildabteilung hinsichtlich Widaufbaues und technischer Mängel besprochen. Die Dunkelkammer des Seimes war während der zwei Tage volllauf in Betrieb, da am zweiten Tage in einzelnen Fällen auch Abzüge von den Aufnahmen hergestellt wurden. Der Frage, wie wir unser Vorkurswesen mit Lichtbildern drauhen gestalten könnten, war der Vormittag des zweiten Tages gewidmet. Zunächst war zu klären, inwiefern in den Baugewerkschaften und Bezirksverbänden selbst die Aufnahmen weiter bearbeitet werden könnten. Es wurde dahin übereingekommen, daß es in den meisten Fällen am besten sein würde, wenn die weitere Bearbeitung der Aufnahmen einem zuverlässigen Fotografen übertragen wird, und wenn Lichtbilder und Abzüge ebenfalls einem Fotografen in Auftrag gegeben würden. Nur in einigen Fällen, wo sich Einrichtungen geschaffen werden konnten und wo sich Kollegen fanden, die der Lichtbilderei besonders zugehen waren, ließen sich auch Diapositive selbst herstellen. Im allgemeinen soll das Anfertigen von Dias aber Aufgabe der Lichtbildabteilung bleiben. Wenn Lichtbilder drauhen angefertigt werden, soll die Lichtbildabteilung wenigstens einen Abzug oder aber die Negative erhalten, damit das Archiv über alles vorhandene Widaufmaterial jederzeit Auskunft geben kann. Ob man nur zur Vorführung der Bilder lieber das Epidiaskop oder ein einfaches Diakop oder gar nur einen Apparat für die Vorführung von Widaufnahmen verwendet, wurde abermals selbst diskutiert. Eine einheitliche Meinung kam nicht zustande, es sei denn die „einfachste“ Meinung, die schon Goethe fand: „Eines ist nicht für alle.“ Die Lichtbildabteilung wird also nach wie vor die Aufgabe haben, die Vorführungsinstrumente entsprechend den besonderen Wünschen der vorführenden Kollegen zu beschaffen. — Am Nachmittage stand die Frage „Film oder Lichtbild“ zur Aussprache. Anknüpfend an die Erörterung dieser Frage hatte die Vorführung eines Films gegeben, der im Anschluß an die Einweihung des

Seimes am Wersee von der Jugendleitung in Gemeinschaft mit der Lichtbildabteilung hergestellt worden war. Die Schaffung dieses Streifens geschah etwas unvorbereitet und, um das noch günstige Licht des August und September nach Kräften auszunutzen, im lebsthätigen Tempo. Er wurde am ersten Tage abends vorgeführt und fand nach der anfänglichen günstigen Aufnahme in der Aussprache am zweiten Tage ein lebhaftes Für und Wider. Eingeleitet wurde die Aussprache durch eine kritische Wertung des Filmes überhaupt. Von der Leitung der Lichtbildabteilung wurde im besonderen darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaft einer solchen Filmqualität, wie sie gegenwärtig auf dem Markte sei und wie sie sich das Publikum erobert habe, kaum zustimmen könne. Lasse man aber den heute durchschnittlich gezeigten Spielfilm als gewerkschaftliches Bestätigungsfeld außer Betracht, so ergäbe sich als Arbeitsfeld nur noch der Lehr- und Kulturfilm. Unter solchen Umständen wurde vor allen Dingen auch auf die gewerkschaftlichen Filme, die lediglich eine andere Art der Veranschaulichung darstellen. Daß man hier und da kleine Spielhandlungen hineinkomponiert, macht noch lange keinen Spielfilm aus. Bei der Beurteilung eines Filmes, der aus eigener Fabrik kommt, läßt man sich dann häufig aus Freude darüber, daß man vertraute Dinge aus der Leinwand sich abspiehlen sieht, verleiten, einen Film als gut zu beurteilen, der diese Zeichnung wirklich nicht verdient. Das Problem „gewerkschaftliche Filmarbeit“ ist also durchaus nicht leicht zu lösen. Erhöht man die Grundfrage für die Aussprache eine Art Arbeitsvorschlag, der hauptsächlich die Schaffung von guten Lehrfilmen vorsch, unterbreitet. Die Konferenz übte an diesem Vorschlag der Lichtbildabteilung weitestgehende Kritik. Positive Vorschläge wurden allerdings nicht unterbreitet. Abschließend wurde die gesamte Frage der Lichtbildabteilung dem Bundesvorstand überlassen. Es wird also Sache der Zentrale sein, über die weitere Beschaffung von Filmen zu befinden und auch die Vorkehrungen zur Vorführung zu treffen.

Sehr rege Aussprachen ergaben sich in den verschiedenen Pausen. Sie betrafen die verschiedensten Gebiete der Lichtbilderei und zeigten neben der Aufmerksamkeit, die den Verhandlungen entgegengebracht wurden, dafür, daß ein großer Kreis von Kollegen die Bedeutung des Bildes in der Werbe- und Bildungsarbeit erkannt hat und das Bild, wo immer nur möglich, anzunehmen bereit ist.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Karlsruhe. („R o d e r k e i n B r o t.“) In der Zentrumspreffe spielte in den letzten Wochen ein Artikel unter obiger Ueberschrift eine Rolle. Desgleichen brachte das Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes „Die Baugewerkschaft“ einen Artikel unter dem Titel: „Eine Glanzleistung sozialistischer Brutalität in Freiburg.“ In den Artikeln ist Wahrheit und Dichtung wie Kraut und Rüben durcheinander gemischt. Es wird behauptet, daß der christlichen Bauarbeiterverband angehörende, fiktive Bauarbeiter Winterhalter in Freiburg von der Bauhülfe Freiburg mit Streik gedroht wolle, und die übrige Baugewerkschaft mit Streik gedroht habe, falls er nicht entlassen werde. Vorausgesetzt sei, daß Winterhalter vom 19. März bis 12. August 1929, also fünf Monate lang, in der Bauhülfe Freiburg beschäftigt war. Daß Winterhalter Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes war, war dem Bezirk jenseit der Belegschaft bekannt. Es ist auch, wie das so auf den Baufeldern üblich ist, mit Winterhalter darüber geredet worden, ob er nicht zum Deutschen Baugewerksbund überreten wolle. Daß er dies nicht tat, war kein Grund für die übrige Belegschaft, gegen Winterhalter vorzugehen. Bei einer Aussprache stellte im August Winterhalter die Behauptung auf, er sei 1905 Mitglied des freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbandes gewesen und habe bei dem Streik in diesem Jahre keine Unterstützung erhalten. Es ist selbstverständlich und den Mitgliedern des Baugewerksbundes bekannt, daß jedes Mitglied seine laßungsgemäße Unterstützung erhält. Bei der Unternehmung

des Falles stellte sich dann auch heraus, daß Winterhalter während der Dauer des Streiks bei seinem Vater, der Maurermeister ist, gearbeitet hat und daß ihm aus diesem Grunde die Streikunterstützung nicht zustand. Er hatte also die Mitglieder des Baugewerksbundes angelogen. Als er die durch sein Verschulden angerichtete Mißgunst der übrigen Belegschaft gegen sich sah, erklärte er dann, er wolle jetzt zum Baugewerksbund überreten. Nach einigen Tagen wurde dann eine Widaufnahme angefertigt. In diesem Tage erschien Winterhalter aber nicht zur Arbeit. Als er am nächsten Tage erschien, wurde er zur Rede gestellt und es zeigte sich, daß er die Belegschaft dann gling der Belegschaft die Geduld aus. Der Polier hat dann aus sich heraus den Winterhalter entlassen. Daraus erhob nun die Zentrumspreffe den Vorwurf gegen die Bauhülfe und den Baugewerksbund, es sei mit Streik gedroht worden, wenn Winterhalter nicht entlassen würde, weil er sich weigere überzutreten. — Die oben geschilderten Tatsachen hätten auch dem Betriebsleiter der Bauhülfe bekannt sein müssen, oder er hätte sich die Kenntnis durch Befragung des Poliers oder der Bauleitenden leicht beschaffen können. Die von ihm auf Verlangen des Winterhalters angefertigte zweite Widaufnahme entspricht nicht den Tatsachen. Auf Grund der genannten Widaufnahme hat Winterhalter Klage auf Schadenersatz am Arbeitsgericht Freiburg erhoben. Die Klage richtete sich gegen die Bauhülfe. Die Klage ist vom Arbeitsgericht kostenpflichtig abgewiesen und ist als berechnungslos erklärt worden. Soweit wir wissen, ist die Abweisung einstimmig beschlossen worden. In dem Urteil ist zu der Unternehmung gekommen, daß die Klage unberechtigt ist. In dem Klageantrag wurde behauptet, die Beklagten hätten in ihrer Eigenschaft als Bauleitende den Kläger wiederholt aufgefordert, in den Deutschen Baugewerksbund überzutreten, was der Kläger stets abgelehnt hat; daraufhin hätten die Beklagten schließlich unter Androhung von Streik bei der Betriebsverwaltung der Bauhülfe die Entlassung des Klägers gefordert, welchem Anstehen die erstere notgedrungen stattgegeben habe. Die Beklagten hätten sich dadurch gegen die Koalitionsfreiheit vergangen und in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise den Kläger geschädigt. Er sei durch diese Handlungsweise arbeitslos geworden und leide noch arbeitslos und die Beklagten seien zum Schadenersatz verpflichtet. — Diese Behauptungen werden von den Beklagten bestritten. Es wurde darüber ein Zeuge vernommen. In den Entscheidungsgründen des Urteils heißt es: „Für den bestrittenen Teil seines Vorbringens hat der Kläger keinen Beweis geführt und auch keinen angeboten.“ — Damit ist das Geschehen der Zentrumspreffe und des christlichen Bauarbeiterverbandes hinsichtlich der Veröffentlichung ihres Urteils möglicherweise verstanden, wie das. In Baden stehen wir vor den Landtagswahlen. Die zweifelhafte Stellung der Zentrumspreffe bei der Erledigung der Arbeitslosenfrage im Reichstag hat Mißgunst bei den christlich organisierten Arbeitern erzeugt. Trotzdem sollen sie bei der Stange gehalten werden und da wird jede Mühe benützt, um einen Entschanden daraus zu machen. Anders liegt der Fall jedoch für die christliche Gewerkschaft. Der christliche Bauarbeiterverband muß ja im Interesse der von ihm vertretenen Arbeiter mit uns Schulter an Schulter kämpfen, wenn er für seine Mitglieder etwas erreichen will. Bisher war das Zusammenarbeiten zwischen uns und den Leitern des christlichen Verbandes im Bezirk gut. Es wäre auch ein leichtes gewesen, wenn uns die Vertreter des christlichen Verbandes eine Mitteilung über den Vorfall gemacht hätten, um ihn zur gegenseitigen Zufriedenheit zu erledigen. Daß sie das nicht getan haben zeigt, daß sie Wadaufnahmen brauchen und Gründe suchen, um die freien Gewerkschaften als Feinde der christlich organisierten Arbeiter hinzustellen. Das gute Zusammenarbeiten dürfte durch solche Vorgänge in Frage gestellt sein. Mehr wollen wir heute zu dem Fall nicht sagen.

Gleichen Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 23. September 1929.

Table with columns for 'Bezirksverband', 'Anzahl der Baugewerkschaften', 'Mitarbeiterzahl', and 'Arbeitslosigkeit'. It lists data for various regions like Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, etc., and includes a summary row at the bottom.

der Befehl des Arbeiters beim Unternehmer um Arbeit um jeden Preis folgen soll.

Was wollte die Volkspartei? Nach ihrem Antrage zur Reform der Arbeitslosenversicherung wollte sie zunächst aus der Versicherungspflicht alle die Arbeitslosen ausschalten, bei denen man nicht von einem regelmäßigen ständigen Arbeitsverhältnis sprechen kann, oder bei denen die Kontrolle des Beschäftigungsverhältnisses unmöglich ist. Auscheiden wollte sie ferner alle Arbeiter, deren regelmäßiges Arbeitseinkommen 10 M in der Woche nicht erreicht, ferner Arbeiter unter 18 Jahren und die Heimarbeiter. Die Unterstützung sollte 70 % des für den Wohnort des Arbeitslosen maßgebenden Tariflohnes nicht überschreiten. Die volle Unterstützung sollte nur der Versicherte erhalten, der mindestens 52 Beitragswochen nachweist. Waren weniger als 52, aber mehr als 39 Beitragswochen nachgewiesen, so sollten nach dem Antrag der Volkspartei die Unterstützungsätze um 25 %, waren weniger als 39 Wochen nachgewiesen, um 50 % gekürzt werden. Wäre dieser Antrag Gesetz geworden, so hätte fast kein Bauarbeiter den vollen Unterstützungssatz erhalten; Hunderttausende hätten dann etwa nur die Hälfte dessen bekommen, was sie jetzt erhalten. So wollte die Volkspartei die sogenannte Saisonarbeiterfrage überwinden. Auf die Saisonarbeiter bezog sich auch ihr weiterer Vorschlag, wonach die Wartezeit zwischen dem Eintritt der Arbeitslosigkeit und dem Beginn der Unterstützung von sieben Tagen auf drei Wochen erhöht werden sollte. Und was sollte die „Sachverständigenkommission“? Nicht mehr und nicht weniger als die Höhe der Arbeitslosenunterstützung allgemein zu der Dauer der vorausgegangenen Beschäftigung „in Beziehung“ bringen und so ausgerechnet den kurzfristig beschäftigten arbeitslosen eine niedrigere Unterstützung geben. Daneben sollten Saisonarbeiter erst nach einer Wartezeit von zwei Wochen nur die Unterstützungssätze der Krisenfürsorge erhalten. Alleinstehenden Arbeitslosen sollte allgemein eine Wartezeit von zwei Wochen auferlegt werden. Die Sachverständigenkommission schlug allerdings eine Beitragserhöhung um 1/2 % vor, gleichzeitig sollte aber eine Bestimmung getroffen werden, wonach keine Reichszuschüsse mehr an die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gegeben werden. Also Verschlechterungsvorschläge, die über das, was nun Gesetz geworden ist, weit hinausgingen und auch unter den jetzt beschlossenen Leistungen liegen. Das Entscheidende ist jedoch, daß die Hauptforderungen der Unternehmerverbände, die sogenannten Saisonberufe ganz aus der Arbeitslosenversicherung herauszunehmen, nicht durchgedrungen sind. Die Zeiten sind eben endgültig vorbei, wo man in Deutschland überall, selbst in den höchsten Regierungskreisen, auf den Wink einiger Industrieherrn bedingungslos pariert.

Die Kommunisten wissen natürlich alles besser und tun auch so, als ob sie alles besser machen könnten. Sie, die einzigen Gegner des so hart umkämpften Arbeitslosenversicherungsgesetzes, mimen nun mit großem Aufwand an Lungenkraft und Druckerkschwärze den Verteidiger der von ihnen stets bekämpften Erwerbslosen. Aber diesen Komödianten glaubt kein klarsehender Arbeiter mehr. Im Munde der KPD-Bolschewiken wird alles zum parteipolitischen Geschäft, schwulstige Proteste und Entschuldigungen standen und stehen in ihren Zeitungen auf derselben Seite, wo die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften — die treuesten Hüter der Arbeiterinteressen — in der gemeinsamen Weise angegriffen werden. Auch in diesem Kampfe waren die kommunistischen Abgeordneten linke Flügelmänner der deutschnationalen Agrarier und der volksparteilichen Industrieherrn. Die Kommunisten haben mit dazu beigetragen, daß die Widerstände der Sozialreaktionäre nicht völlig überwunden werden konnten! Die bolschewistischen Kinder Stalins mit dem Mandat eines politischen Abgeordneten in der Tasche sind eben unfähig, im Kampfe um die Arbeiterinteressen die Linie des schwächsten Widerstandes der Gegner herauszufinden und so den größtmöglichen Erfolg für die Arbeitererschaft zu sichern. Diese Unfähigkeit hat ihren Grund darin, daß die kommunistischen Abgeordneten nicht Vertreter des kommunistisch gesinnten Teiles der deutschen Arbeitererschaft sind, sondern sich als Vertreter einer ausländischen Regierung fühlen. Die deutschen Kommunisten haben es sich selbst zuschreiben, wenn bald niemand in Deutschland mehr ihre Forderungen ernst nimmt, zumal dort, wo die Bolschewiken alle politische und — angeblich — alle wirtschaftliche Macht ausüben, nur sehr wenig

von dem verwirklicht ist, was ihre auherrausischen Vertreter in andern Ländern fordern. Ja, die Sozialversicherung in Sowjetrußland, diesem „Waterland aller Proletarier“, ist meilenweit hinter der im „bürgerlichen“ Deutschland zurück. Im Heft 5 des „Organ für marxistische Strategie und Taktik“, also einer sowjetischen Zeitschrift, vom 1. September 1929, werden die Grundzüge der sowjetrußischen Erwerbslosensfürsorge dargestellt. Was dort über die Arbeitslosigkeit der Saisonarbeiter gesagt wird, läßt beinahe den Verdacht aufkommen, daß das deutsche Unternehmertum dort sein Stiefvater entnommen hat zur Begründung seines Vorgehens gegen die Saisonarbeiter in Deutschland. In der sowjetrußischen Zeitschrift heißt es: „Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten erklärt sich in gewissem Maße durch die steigende Arbeitslosigkeit der Saisonarbeiter, insbesondere der Bauarbeiter... Die Arbeitslosigkeit dieser Arbeitsgruppen ist im Winter und besonders vor Saisonbeginn eine Normalerscheinung, die durch Witterungseinflüsse hervorgerufen wird. Man kann diese Gruppen deshalb nicht als arbeitslos im eigentlichen Sinne des Wortes ansehen.“ Das steht also in einer kommunistischen Zeitschrift, wobei den Bauarbeitern nur der Trost bleibt, daß noch eine ganze Reihe anderer Arbeiter, zum Beispiel solche, „die an Arbeiten nicht gewöhnt sind“, sowie Invaliden und alte Leute, die „zu regelmäßiger Arbeit nicht mehr fähig sind“, ebenfalls nicht in den Genuß der Erwerbslosensfürsorge kommen. In Rußland wird aber nur der dritte Teil der Arbeitslosen — und dieser noch nicht einmal in vollem Umfange — unterstützt; denn die Unterstützung wird nur bei Bedürftigkeit gegeben. Saisonarbeiter erhalten nur Arbeitslosenunterstützung für die Zeit der Saison oder wenn sie in Städten leben. „Gegenwärtig bestehen gewisse Einschränkungen für die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung, die in den besonderen Verhältnissen Rußlands zu suchen sind.“ — Die sowjetrußische Erwerbslosensfürsorge auf Deutschland übertragen würde die herrlichsten Generalstreikparolen gebären.

Die Schlussfolgerung.

Wir sagten schon vorn, daß mit der vorläufig endgültigen Fassung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes keine politische Partei, keine Gewerkschaft zufrieden ist. Woher kommt das? Von den verworrenen politischen Machtverhältnissen und Parteien in Deutschland. Die sozialdemokratische Partei als konsequenteste Vertreterin der Arbeiterinteressen hat im Reichstag keine Mehrheit. Sie hat das ihrer Meinung nach kleinere Uebel gewählt und bildet einen Regierungsbund mit Zentrum, Demokraten, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei. Sie muß die tun, um die Hakenkreuzler und die sogenannte Deutschnationalen Volkspartei von der Regierung auszuschalten. Diese politischen Gebilde sind die geborenen und ausgesprochensten Feinde jeder fortschrittlichen Arbeiter- und Sozialpolitik. Und die in Hypperradikalismus machende kommunistische Partei ist diesen Parteien bei den Abstimmungen — wenn auch aus andern Gründen — getreuer Helfer. Dieselbe kommunistische Partei, die sich vor zwei Jahren nicht genug ereifern konnte über das „Schand- und Hungergesetz der Arbeitslosenversicherung“ und es damals mit viel Geschrei und wenig Wille in Grund und Boden trampelte, hatte diesmal den Spieß umgedreht, kämpfte unentwegt für dieses „Schand- und Hungergesetz“ und machte unter Mißachtung der politischen Kraftverhältnisse in jeder Weise in verantwortungslosem Radikalismus. Bei den Abstimmungen waren Rechts- und Linksradikalismus immer ein Herz und eine Seele. So berühren sich wieder einmal die Extreme zur Freude aller Arbeiterfeinde. Die sozialdemokratische Partei hatte vollauf zu tun, um diesen Extremismus von links und rechts abzumehren, die wenig zuverlässigen Demokraten und Zentralkämpfer einigermaßen bei der Stange zu halten und die unzuverlässige Deutsche Volkspartei, diese ausgesprochene Partei des Großunternehmertums, in ihre Schranken zurückzuweisen. Schließlich kam dann mit Fängen und Würgen ein Kompromiß zustande, das auf keiner Seite reine Freude auslöst.

Es entsteht die Frage: Wäre es besser gewesen, es unter solchen Umständen zum Kampf und zur Reichstagsauflösung kommen zu lassen? Wir möchten von uns aus diese Frage bejahen, verkennen aber auch nicht die Gründe, die dagegen sprechen. Es stehen nach Erledigung dieses Gesetzes noch andere wichtige politische Fragen im Reichstag vor ihrer

Verabschiedung, so der Young-Plan und die Lastenverteilung sowie die Finanzreform. Auch hier stehen harte Kämpfe in Aussicht. Es wird aus verschiedenen Gründen als wünschenswert erachtet, daß diese Gegenstände erledigt werden unter der jetzt bestehenden Regierung. Unter keinen Umständen darf man den Deutschnationalen das Regierungsfeld überlassen. Die Spuren von früher schrecken! Gegen eine Reichstagsauflösung und Neuwahl spricht auch die Ansicht, daß der neugewählte Reichstag so ungefähr das alte Gesicht behalten würde. Deshalb entschied man sich für die Kompromißlösung.

Was tut not? Jeder Arbeiter, jedes Mitglied unseres Bundes muß erkennen, worauf es jetzt ankommt. Unter erfolgreicher Politik versteht man die Erreichung des zur Zeit Möglichen. Man muß die eigenen und die Kräfte der Gegner abwägen, bevor man handelt. Beim Arbeitslosenversicherungsgesetz mehr durchzusehen war der Sozialdemokratie nicht möglich; sie mußte sich begnügen mit dem Erreichbaren. Wer praktische Arbeiterpolitik treiben will, muß so handeln, sonst schüttet er das Kind mit dem Bade aus. Eine explosionsartige, verantwortungslose Politik der Sozialdemokratie müßte nur den eingeseiften Gegnern der Arbeitererschaft. Um aus diesen verworrenen politischen Verhältnissen herauszukommen, ist es nötig, die einzige auf dem Boden der Tatsachen stehende und danach handelnde Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, nach Kräften zu stärken. Heute herrscht im Deutschen Reichstag ein verhängnisvolles Gleichgewicht der politischen Kräfte. Die von der denkenden Arbeitererschaft gestützten Parteien halten der Reaktion so ungefähr die Waage. Deshalb das armselige Stolpern von Kompromiß zu Kompromiß. Daran hat nicht die sozialdemokratische Partei schuld, sondern das hier beschriebene Kraftverhältnis. Aus diesem Zustand müssen wir heraus!

Was ist zu diesem Zweck nötig? Wir müssen immer wieder und immer wieder an die großen Massen der indifferenten Arbeitererschaft heranzukommen und sie aufzuklären suchen. Wir müssen sie veranlassen, bei Reichstags-, Landtags-, Kommunal- und sonstigen Wahlen richtig zu wählen. Wir müssen sie dazu erziehen, das in Deutschland geltende demokratische Wahlrecht richtig anzuwenden. Wir müssen unter ihnen den politischen Sinn und nicht zuletzt den Gemeinheitsinn immer mehr wecken. Wir dürfen nicht nachlassen, die unsern Bestrebungen noch Fernstehenden gewerkschaftlich zu organisieren und darüber hinaus zur politischen Tätigkeit anzubahnen. Der dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder müssen mehr werden! Zehn Millionen dem ADGB angeschlossene Mitglieder üben doppelte Kraft aus als heute die fünf Millionen! Und eine sozialdemokratische Partei, die so stark ist, auf politische Kompromisse verzichten zu können, wird auch instande sein, die Politik vollinhaltlich zugunsten der breiten Massen zu lenken! Deshalb gibt es für uns nur eine Aufgabe: Stärkung unserer Gewerkschaften, Stärkung der sozialdemokratischen Partei! Die Zukunft wird uns schwere Kämpfe bringen, noch schwerere Kämpfe, als den seeben ausgefochtenen Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Feinde drohen unserer Arbeiterbewegung von rechts und links. Der Young-Plan, neue Steuergesetze stehen in Aussicht. Das seeben verabschiedete Arbeitslosenversicherungsgesetz ist nur bis zum 31. März 1931 befristet. Neue Kämpfe stehen auch hier bevor. Die Reaktion rüstet sieberhaft. Das Agrarier- und das Großunternehmertum wollen die Sozialgesetzgebung beschneiden, am liebsten beseitigen. Diese profitlüsternen Schichten unserer Bevölkerung möchten die Lasten des von ihnen verschuldeten verlorenen Krieges reiflos auf die breiten Volksmassen abwälzen. In jeder Weise soll die Arbeitererschaft büßen für verflozene Sünden des Besitzbürgertums. Da heißt es, die proletarischen Waffen schärfen zur Abwehr und zum Siege! Deshalb alle Mann an Deck! Vorwärts für die gewerkschaftliche Organisation und die politische Aufklärung! Keiner darf irgendwie nutzlos werden. Es heißt erkennen, was ist, um zu wissen, was nötig tut! Alle Kraft der Stärkung unserer Gewerkschaften und damit unseres Baugewerksbundes! Und jede Unterstützung der sozialdemokratischen Partei als einzige Arbeiterpartei, die auf dem Boden realer Tatsachen verantwortungsvolle, praktische Arbeiterpolitik treibt und damit nach Kräften auch unsere gewerkschaftlichen Bestrebungen stützt und fördert!